Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 4: Wird die Schweiz unregierbar?

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare und Berichte

IM NAHEN OSTEN – EIN HAUCH VON «DÉTENTE»

Im israelisch-arabischen Konflikt ist einiges in Bewegung geraten, das auf eine Entspannung und Entkrampfung der Situation hindeutet. Die Mandate der friedenssichernden UNO-Truppen sind sowohl an der ägyptischen wie an der syrischen Front verlängert worden; die Wiedereröffnung des *Suezkanals* am 5. Juni erfolgte im Zeichen freundlicher Gesten und wurde von Israel mit einer Verdünnung seiner Streitkräfte im Sinai beantwortet; gleichzeitig traf sich der amerikanische Präsident *Ford* mit dem ägyptischen Staatschef *Sadat* in Salzburg, und Ministerpräsident *Rabin* reiste nach Washington, um dort im Weissen Haus und im Staatdepartement Israels Standpunkt darzulegen.

Die Stagnation, die sich nach Kissingers gescheiterter Nahost-Mission im März dieses Jahres abgezeichnet hat, scheint damit überwunden. Aber in der von inneren Widersprüchen erfüllten Welt am Ostrand des Mittelmeeres machen auch viele Schwalben noch keinen Sommer. Zwar scheint die Bereitschaft zu Entgegenkommen und Kompromiss in Israel im Augenblick ungewöhnlich gross zu sein, und auch aus Kairo vernimmt man milde, friedliche Töne. Aber damit ist nur der eine – leichtere – Teil des Problems berührt. Syriens diskussionsloses Einlenken in der Frage der UNO-Einheiten auf dem Golan entspringt wohl vor allem taktischen Überlegungen im Hinblick auf die gespannte Situation an den Grenzen gegen den Irak, und auch in der für Israels Existenz zentralen Frage des «Lebensrechtes des palästinensischen Volkes» sind, zumindest an der Oberfläche, die Fronten noch ebenso starr wie zuvor.

Der Weg nach Genf zur Wiederaufnahme der Nahostkonferenz erscheint somit noch recht weit. Mit ihrem Zusammentreten wird für frühestens August oder September gerechnet. Aber auch dies dürfte kaum eine entscheidende Initialzündung zu grösseren Lösungen sein. Es bewahrheitet sich die Tatsache, dass im Nahen Osten mit jedem Schritt die Probleme komplexer werden und die Schwierigkeiten sich potenzieren. Der *Golan* bietet, aus israelischer Sicht, kaum mehr Raum für weitere Entflechtungsaktionen; Cisjordaniens Schicksal bleibt in der Schwebe, solange für die Palästinenserfrage kein *modus vivendi* gefunden werden kann, und an der Zukunft *Jerusalems* scheiden sich vollends die Geister, weil hier neben höchst realen Machtansprüchen irrationale Faktoren eine gewichtige Rolle spielen. Das Jerusalem-Problem aus der Sphäre emotionaler Unwägbarkeiten in den Bereich nüchterner Überlegungen zu rücken, scheint vorläufig unmöglich zu sein.

So bleibt als letztes nur noch der Spielraum im Sinai. Hier wird wohl, sofern die Politik des «Schritt-für-Schritt» wieder aufgenommen werden sollte, die Möglichkeit für eine nächste erfolgreiche Etappe des Auseinanderrückens der beiden feindlichen Parteien

am ehesten gesucht werden. Die psychologischen Voraussetzungen dafür sind jedenfalls geschaffen, und die Verständigungsbereitschaft lässt sich wohl über kurz oder lang in politische Realitäten ummünzen.

Es wäre jedoch verfehlt, in einem solchen Fortschritt fürs erste mehr als nur eine marginale Entscheidung zu sehen. Der zentrale Komplex des Nahostproblemes wird dadurch kaum berührt, und es ist fraglich, ob er auf dem Weg schrittweiser Abmachungen überhaupt je ernsthaft angegangen werden kann. Die Hindernisse, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen Juden und Arabern aufgetürmt wurden, die Verankerung des Konfliktes in politischen, ethnischen und religiösen Bereichen wie das Hineinspielen überregionaler Grossmachtinteressen – all das verzahnt sich zu einem Ganzen, das als nur schwer zu erschütternder Block jeder konstruktiven Lösung entgegensteht.

Alfred Cattani

DÄMME GEGEN DIE INITIATIVENFLUT

Referendum und Initiative sind aus unserer Demokratie nicht wegzudenken. Sie geben dem schweizerischen Bundesstaat eine besondere Dimension, die das vielstrapazierte Wort vom «Sonderfall» für einmal als angemessen erscheinen lässt. Als Instrumente der direkten Entscheidungskontrolle und Machtbrechung stellen sie die aktive politische Willensbildung auf eine breite Basis, die ihrerseits ein wesentliches Element der politischen Stabilität verkörpert. Die Volksrechte aktivieren den Stimmbürger mit grosser Regelmässigkeit und fordern ihn auf, sich mit den laufenden Problemen der Staatsführung und Staatsverwaltung im Détail auseinanderzusetzen.

Im politischen Alltag sind in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren allerdings auch offensichtliche Nachteile zutage getreten. Vor allem beim Initiativrecht sind Missbräuche sichtbar geworden. Dieses Mittel demokratischer Mitbeteiligung hat sich mehr und mehr zum bevorzugten Instrument von Aussenseitergruppen oder sogenannten Oppositionsparteien, aber auch von Ad-hoc-Bewegungen mit eher emotionalem Hintergrund entwickelt. Von den Bundesparteien hat einzig die Sozialdemokratie in Verbindung mit den Gewerkschaften gelegentlich davon Gebrauch gemacht. Ein Blick auf die Initiativenstatistik zeigt, dass zwischen 1891 und 1930 pro Jahrzehnt 4 bis 9 Initiativen eingereicht wurden, von 1931 bis 1970 zwischen 11 und 23. Demgegenüber sind es seit 1971, das heisst in gut vier Jahren, bereits deren zwanzig geworden. Das beweist eindrücklich, dass dieses Instrument der direkten Demokratie stark inflationäre Züge angenommen hat. Diese Entwicklung wird noch durch die Tatsache unterstrichen, dass Initiativen unter den gegebenen Umständen normalerweise keine Chance auf Annahme haben. Ihre politische Wirkung besteht im besten Fall in der Provozierung eines Gegenvorschlags oder doch wenigstens in einer gewissen Schärfung des öffentlichen «Problembewusstseins».

Das alles wäre nicht allzu problema-

tisch, wenn die Initiativeninflation nicht eine Belastung des politischen Apparats und des Stimmbürgers mit sich brächte, die nun einmal in keinem vernünftigen Verhältnis zur effektiven Gestaltungskraft des Initiativrechts in der Gegenwart steht. Heute sind wir so weit, dass so wichtige abstimmungsreife Vorlagen wie jene zur Mitbestimmung oder zur gesetzlichen Regelung der Raumplanung ein Jahr und mehr aufs Eis gelegt worden sind, weil sie nicht in den chronisch überladenen Abstimmungskalender passten. Der Bürger seinerseits reagiert auf die Überfülle an Vorlagen mit wachsender Unlust und entsprechend niedriger Stimmbeteiligung.

Besonders schlimm dran sind aber die chronisch finanzschwachen Parteien als die gegebenen Organisatoren und Träger der Kampagnen. Ganz abgesehen von der ständigen Überlastung des spärlichen Personals sind die Abstimmungen buchstäblich kaum noch zu bezahlen: ein Plakataushang kommt auf rund 150 000 Franken, ein einziges, gesamtschweizerisch einigermassen dicht gestreutes Inserat auf über 100 000 Franken zu stehen. Eine einfache Überschlagsrechnung ergibt damit für ein normales Abstimmungsjahr mit normalen Kampagnen für normale Parteikassen geradezu astronomische Ausgabenposten.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Antrag des Bundesrates vom 9. Juni, die Unterschriftenzahlen für Referendum und Initiative zu verdoppeln, eine besondere Bedeutung zu. Seit der Festsetzung der Quoten im 19. Jahrhundert hat sich die Zahl der Stimmberechtigten versechsfacht. Eine Verdoppelung der Unterschriftenzahlen kann also keine Beschneidung der Volksrechte bedeuten, wie jetzt da und dort behauptet wird. Es handelt sich vielmehr um eine bescheidene Anpassung, welche die Initiativenflut wohl etwas zu bremsen, keineswegs aber wirklich zu «redimensionieren» vermag. Deshalb ist zu hoffen, dass dieser kleine Schritt in Richtung «Verwesentlichung» der Volksrechte in Parlament und Bürgerschaft nicht auf unüberwindliche Hindernisse stossen wird. Er ist ganz einfach nötig, wenn unsere direkte Demokratie nicht ad absurdum geführt werden soll.

Richard Reich

DIE BAUWIRTSCHAFT AUF NEUEM KURS

Kürzlich sind in den Zeitungen – mit einer eher bescheidenen Aufmachung – zwei Ereignisse gemeldet worden, die es verdient hätten, mit einem grösseren Aufmerksamkeitsgrad registriert zu werden, denn sie zeigen eine bedeutsame *Kurskorrektur* der wirtschaftspolitischen Auffassungen der Bauwirtschaft an. Einmal hat die Bauwirtschaft ein *Grundlagendokument* veröffentlicht, in dem sie ihren wirtschaftspolitischen Interessenstandpunkt umschreibt («Die Bauwirtschaft in der Rezession», herausgegeben vom Schweiz. Baumeisterverband, der Gruppe der Schweiz. Bauindustrie und dem Verband Schweizerischer Generalunternehmer). In diesem Dokument sind ver-

schiedene Thesen enthalten, die mit aller wünschenswerten Klarheit zeigen, dass sich die Bauwirtschaft aus der wirtschaftspolitischen Umklammerung des Schweizerischen Gewerbeverbandes löst und darauf tendiert, einen *eigenständigen* wirtschaftspolitischen Kurs zu steuern.

Die im Grundlagendokument enthaltenen Thesen spiegeln eine ganze Reihe von für die Bauwirtschaft höchst bemerkenswerten wirtschaftspolitischen Auffassungen. Bemerkenswert vor allem deshalb, weil sie die zwar weder neue noch sensationelle Erkenntnis zum Ausdruck bringen, dass die Unternehmen der Bauwirtschaft in erster Linie an einer möglichst schwankungsfreien oder *schwankungsarmen Nachfrageentwicklung* interessiert sind. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die konjunkturpolitischen Übungen, die seit dem Jahre 1964 in periodischen Intervallen immer wieder veranstaltet werden mussten, nicht in der Lage waren – und auch nicht in der Lage sein konnten – dieses Erfordernis zu erfüllen. Die Einsicht, dass eine ungebremste und ungezügelte Expansion zu Kapazitätsaufblähungen führt, die in der Rezession Anpassungen nach unten notwendigerweise erzwingen müssen, hat nun ins wirtschaftspolitische Konzept der Bauwirtschaft Eingang gefunden. Verstetigung der Nachfragentwicklung bedeutet indessen, so steht es im Grundlagendokument, die Akzeptierung einer Konjunkturpolitik, die auf die klassischen Stabilitätsziele auszurichten ist, die also den *ganzen* Konjunkturzyklus zu umfassen hat.

Die Nachfrage nach Bauleistungen gehorcht besonderen Gesetzmässigkeiten. Sie ist ausserordentlich stark schwankungsanfällig, weil sie jeweilen sehr rasch auf die konjunkturellen Rhythmuswechsel anspricht und weil sie sehr direkt mit der in einer Wirtschaft vorhandenen Investitionsneigung der Unternehmungen zusammenhängt. Aus diesem Grunde muss beim Versuch, die Nachfrageentwicklung zu glätten, also eine Übersteuerung nach unten wie nach oben zu vermeiden, dem *Staat* als potentiellem Nachfrager nach Bauleistungen eine wichtige Ausgleichsfunktion zukommen. Diese Notwendigkeit zeigt sich heute mit aller Dringlichkeit. Wenn jedoch diese Interpretation akzeptiert wird, dann muss dieser Staat finanziell auch in den Stand gesetzt werden, diese Rolle tatsächlich auszuüben. Aus diesem Grunde setzt sich die Bauwirtschaft für eine zügige Ablösung der Warenumsatzsteuer durch ein neues *Mehrwertsteuersystem* ein.

Sodann aber anerkennt die Bauwirtschaft nunmehr auch, dass ihr Schicksal untrennbar mit jenem der *Exportwirtschaft*, ja mit der Wirtschaftslage des Landes insgesamt, verknüpft ist. Die spezifischen Interessen der Bauwirtschaft werden mit den globalen wirtschaftspolitischen Interessen des Landes als kongruent betrachtet. Das sektorale Denken, das in unserem Lande eine bisweilen eher verhängnisvolle Rolle spielte, scheint überwunden und die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige in die wirtschaftspolitischen Prioritäten eingebaut.

Das zweite Ereignis, das in diesem Zusammenhange ins Licht zu stellen ist, nämlich die Gründung einer *Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz*, ergänzt die erwähnte programmatische Erklärung auf der institutionellen Ebene. Zwar versteht sich die Bauwirtschaftskonferenz nicht als neuer Spit-

zenverband, sondern schiebt sich zwischen den Schweizerischen Gewerbeverband und den Vorort als neue Institution der Meinungsbildung. Darin ist wohl ebenfalls eine «leichte» Distanzierung primär vom Schweizerischen Gewerbeverband zu erblicken. – Die Bauwirtschaft hat damit eine Neuorientierung vorgenommen, die sich in Zukunft durchaus in einem erhöhten konjunkturpolitischen Konsens niederschlagen könnte. Die Absetzung von einer engen, vor allem die kurzfristigen Ertragsinteressen visierenden Politik, die sich in der unmittelbaren Vergangenheit so negativ auswirkte, scheint nunmehr zumindest stark in den Hintergrund gedrängt.

Willy Linder

EUROPA VON DRÜBEN GESEHEN

Zurückgekehrt nach sieben Monaten in den Vereinigten Staaten – zumeist in Washington – werde ich selten gefragt: «Wie sieht es in den Staaten aus?» Dagegen immer wieder: «Wie sehen die Amerikaner jetzt Europa und ihr Verhältnis zu uns?»

Umgekehrt hat mich in den USA mit Ausnahme eines eben aus Japan zurückgekehrten jungen Dozenten niemand je über europäische Zustände befragt – bei früheren Aufenthalten war das noch anders. Diesmal kreiste jede Diskussion um gegenwärtige amerikanische Probleme. Europa ist, so scheint es mir, dem Bewusstsein der Amerikaner weniger nahe, als es das zu anderen Zeiten gewesen ist.

Von der Gründung der Vereinigten Staaten bis zu den fünfziger Jahren war dem amerikanischen Intellektuellen Europa Leitbild, Vorbild, Massstab, Gegenstand höchsten Interesses – anziehend oder abstossend, aber jedenfalls wichtig. George Washingtons Warnung in seinem politischen Testament vor aller Verstrickung in fremde Händel hatte nichts mit einer geistigen Abkehr von Europa, mit einem kulturellen Isolationismus zu tun. Für den Amerikaner war eine Bildungsreise eine Reise nach Europa.

Wie begeistert schrieb einem Freund in New York der junge Amerikaner Cogswell aus Weimar am 25. Mai 1819 nach einem Abend mit Goethe: «Es muss etwas Ungewöhnliches sein, was seine Aufmerksamkeit auch nur im geringsten Grad erregt. Mir wendete er sie zu als einem Amerikaner, und du wirst mich daher nicht der Eitelkeit zeihen, wenn ich sie verzeichne. Amerika in allen seinen Beziehungen ist gegenwärtig sein Hauptinteresse.»

Solches Interesse zu finden war damals Anlass höchster Befriedigung. Washington Irving, Fenimore Cooper, Nathaniel Hawthorne kannten Europa, schrieben darüber; ein Roman Hawthornes spielt in Italien. Von Hawthorne stammt der Ausspruch, den später die «expatriates», die freiwillig exilierten amerikanischen Schriftsteller in Paris während der zwanziger Jahre, gerne zitierten: «Amerika ist für viele Zwecke gut, aber nicht um dort zu leben.»

Henry James war fast ebenso Europäer wie Amerikaner; seine Romane haben vor allem die Begegnung zwi-

schen Amerikanern und Europäern zum Thema. Er wurde am Anfang des Weltkrieges Engländer und manifestierte damit sein Missfallen gegenüber der amerikanischen Neutralitätspolitik. Dennoch hat Henry James in seinen Briefen Freunde in den Staaten gewarnt, den Europäern nicht zu trauen. Auch in ihm ist stets beides, Faszination und Misstrauen. Sein Bruder, der Philosoph William James, schrieb aus Paris: «Wir müssen Gott für Amerika danken und an jedem Vorteil unserer Lage festhalten. Unsere Korruption ist ein Fliegendreck, verglichen mit der tief verwurzelten, lang währenden Korruption in den europäischen Staaten.»

Es ist auch im Kulturleben gerade die Abhängigkeit von Europa, die zur Abwehr treibt – der Haltung Lessings gegen die französischen Klassiker vergleichbar. Schon einer der Gründer der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson, schrieb einem Freund in Paris: «Die Masse der Bevölkerung (hier sind die Franzosen gemeint) ist in Kenntnis der Wissenschaft 200 Jahre hinter uns zurück, in Literatur vielleicht ein halbes Dutzend Jahre voraus.»

Solche Kritik – und sie lässt sich von Jefferson an bis heute für jede Zeit belegen – ist Gegenwehr gegen eine allgemein vorausgesetzte europäische Überlegenheit. Eben das ist im Begriff sich zu ändern. Wie eigenartig, dass sogar amerikanische Schriftsteller, die in Europa leben – etwa Mary McCarthy, James Baldwin, Gore Vidal – in ihren Büchern nur amerikanische Themen behandeln! Nun sind Schriftsteller kein Massstab für politische Verbindung. Gegenläufigkeit zwischen politischen und kulturellen Trends ist keine Ausnahme.

*

Immerhin ist es für einen Europäer in Washington eine beklemmende Erfahrung, wenn er zugleich das Schwinden des geistig-künstlerischen Interesses an Europa, das Schrumpfen der Berichte der grossen Zeitungen über europäische Fragen und die Haltung der Politiker und Diplomaten zu Europa wahrnimmt. Ein wichtiges Mitglied von Henry Kissingers *brain trust* im State Department – selber ein hervorragender Europakenner – sagte in einem privaten Kreis unwirsch über die Genfer Sicherheitskonferenz: «Warum fakkeln die Europäer so lange? Sie sollen doch endlich unterschreiben. Die Art Schwierigkeiten zu machen, ist einfach läppisch – *silly*.» Doch ist die Tatsache, dass vielleicht in Genf auch die sowjetische Haltung nicht durchaus konstruktiv war, in diesem Ausbruch gar nicht erwogen worden. Das schien mir kennzeichnend für die gegenwärtig schnelle Irritierung in Washington gegenüber den Europäern.

In seinen Büchern hatte *Professor* Kissinger sich für ein unbequemeres, aber stärkeres Europa eingesetzt und vor amerikanischer Überheblichkeit gewarnt. *Staatssekretär* Kissinger sah es anders. Mit ihm hatte sich Präsident Nixon beraten, als er den Europäern in schroffem Ton vorwarf, sie hätten «Bandenbildung» gegen Amerikaner betrieben – *ganging up* –, was nur hiess, dass sich die Gemeinschaft konzertiert hatte. Wenn der Staatssekretär die europäische Gemeinschaft als eine politische Einheit ansieht – und wir müssen zugeben, dass er ihr damit wahrscheinlich zu viel Ehre erweist – so geschieht es, um eine letztminütliche Protesterklärung der Neun gegen den Vietcong zu fordern, obgleich die Art, in der sich die Amerikaner in diesen

Krieg verstrickt und die Art, in der sie sich aus ihm herausgezogen haben, mit keinem europäischen Verbündeten abgesprochen wurde.

Und die Presse? Es gab Zeiten, in denen ein Leser der «New York Times» oder der «Washington Post» vorzüglich über Europa orientiert wurde. Sie sind vorbei. Jetzt ist die Berichterstattung zufällig, lückenhaft, nimmt wenig Raum ein.

Hier ist allerdings als Korrektur anzumerken, dass Europa in den Studienprogrammen der besten Hochschulen eine bedeutende Stellung wahrt und dass insgesamt wohl mehr amerikanische als europäische Arbeiten über die wichtigsten europäischen Fragen vorliegen. Das hat auch damit zu tun, dass Europäer aller Nationen eher in Harvard oder Berkeley zusammenarbeiten als an europäischen Universitäten. Es bleibt im Verhältnis zur Breitenwirkung der Medien ein schmaler, wenngleich bedeutsamer Sektor.

Wir müssen einsehen, dass die Amerikaner Mühe haben, uns zu verstehen. Dem Europäer erscheint die Sowjetunion oft rätselhaft, der Ferne Osten geheimnisvoll. Den Amerikaner guten Willens muss unser Europa genauso undurchschaubar und unverständlich anmuten. Wollen wir eine europäische Gemeinschaft, wie wir das den Amerikanern oft versichern, um ihre Sympathie zu gewinnen, und manchmal, um unsere Selbständigkeit zu betonen? Oder bleibt die jeweilige nationale Komponente die stärkere? Wollen wir amerikanischen Schutz, ohne deswegen zum Protektorat zu werden? Aber wie stellen wir uns diesen Schutz vor, dessen Grundlage eben nicht eine Partnerschaft der Gleichen ist?

Im amerikanischen Fernsehen löst Anwalt Perry Mason jeden Abend ein Problem in einer Stunde. Man ist hier nicht an Probleme gewöhnt, die zu keiner klaren Lösung führen. Das amerikanische Interesse an der europäischen Einigung war enthusiastisch – und hatte nicht nur mit eigenem Vorteil zu tun, sondern auch damit, dass die Übernahme des amerikanischen bundesstaatlichen Modells als ein Kompliment für die eigene politische Schöpfung empfunden wurde. Gegenüber einem Versuch, der ständig wieder stecken bleibt, ist dieses Interesse erlahmt.

*

Nicht um Aufrechnen etwaiger Irrtümer und Fehlentwicklungen hüben und drüben geht es, sondern um die Feststellung, dass die Europäer dem Amerikaner auf allen Gebieten heute weniger bedeuten als zu andern Zeiten.

Freilich hat das auch mit Entwicklungen zu tun, die Europa in keiner Weise beeinflussen konnte, nämlich mit einer Verlagerung des Interesses auf die inneren Probleme. Da ist einerseits die Neubewertung der amerikanischen Tradition namentlich auch in der Kunst, die Entdeckung der Indianerkultur, der «schwarzen» Tradition, weg von der Homogenität, vom Schmelztiegel; Selbstbesinnung also auf Leistungen, Komplexitäten, auf eine neu gesehene Vergangenheit und auf eine schwierige Gegenwart. Da ist anderseits die Abkehr vom «Globalismus», vom freudigen, nicht immer wohlbedachten Einsatz überall auf der Welt, der nun in Isolationismus umschlägt. Und da ist die politische und wirtschaftliche Krise, verbunden mit den gewaltigen Problemen der bankrotten Städte und der wachsenden Krimi-

nalität, und vor allem: Zum erstenmal steht ein nicht gewählter Präsident einem frisch gewählten Kongress gegenüber, und die stets gefeierte, ja, sakralisierte Verfassung stösst an ihre Grenzen.

Die Nationalökonomen meinten, eine tiefe Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit sei nicht mehr zu fürchten. Es gebe nunmehr ein Instrumentarium für subtile Koordinierung der Wirtschaftsfaktoren; *fine tuned* – aufeinander abgestimmt – war die Formel. Inzwischen ist eine solche Krise wiederum eingetreten wie eine Naturkatastrophe, viel unlenkbarer, als man meinte.

Alles das hat notwendigerweise das Interesse, die Sorge, auf das Eigene verlagert und dem Interesse an der restlichen Welt – damit auch an Europa – weniger Raum gelassen. Wir Europäer, die wirtschaftlich weltweit dachten, aber aussenpolitisch introvertiert, und die wir nur wünschten, die Welt möge uns in Ruhe lassen, müssen eine solche Verinnerlichung des Interesses, einen solchen Rückzug auf sich selbst als eine nach innen gewendete Entdeckungsreise verstehen.

Denn es war Zeit für die Amerikaner, sich von jener «Illusion der Allmacht» zu trennen, von welcher der Schotte Denis Brogan schon 1952 gewarnt hatte. Scheitern in einem Unternehmen in der Ferne – Ostasien – und Dämmerung der Präsidentschaft, das ist eine Gleichzeitigkeit von Erschütterungen, die tiefe Folgen haben muss. Noch schreiben die Professoren in den USA Bücher, die vor der «imperialen Präsidentschaft», vor der «Übermacht des Präsidenten» warnen, während die Präsidentschaft als Motor einer Weltpolitik fast handlungsunfähig geworden ist.

Ein geschwächtes Amerika, ein nicht erstarktes Europa – das sind heute die Dialogpartner. Man könnte meinen, dass in dieser Lage das Gefühl der gegenseitigen Angewiesenheit aufeinander stärker würde. Das ist jedoch ungewiss.

In Europa – vor allem allerdings in Frankreich – ist mit schlauem Augenzwinkern von den amerikanischen Interessen gesprochen worden. Man hielt für möglich, das Prestige einer Herausforderung der USA einzuheimsen und zugleich einen Schutz zu geniessen, den die Amerikaner aus «eigenstem Interesse» in keinem Fall verweigern konnten.

Wenn das je zutraf – es gilt nicht mehr. Ein Bündnis, das nicht auch im Bewusstsein, im Gefühl verankert ist, ruht auch nicht auf dem «Interesse». Es soll schon vorgekommen sein, dass Staaten gegen ihre Interessen handeln – oder sie anders bestimmen.

Wie aber ist unser Interesse? Indirekt ist das atlantische Bündnis gerade für europäische Staaten, die ihm nicht angehören, namentlich für solche, die von anderer Hegemonialmacht mehr abhängen, ein entscheidender Faktor. Die Finnen, die Jugoslawen gehören zu jenen, die davon nie reden aber immer daran denken.

Vor mehr als hundert Jahren dichtete Walt Whitman, der Barde der Demokratie: «Das durchlebte Amerika und Europa, sie verdämmern, werden hinter mir Schatten.» Doch schon in der nächsten Zeile brach sein Optimismus durch: «Die Nichtdurchlebten kommen riesenhafter als je auf mich zu.»

Nun, das noch nicht durchlebte Amerika versucht heute vor allem, sich selber zu fassen, das noch nicht durch-

lebte neue Europa zeigt sich erst in Ansätzen. Zugleich hat das neue Amerika viel Europäisches in sich und unser Europa vielleicht noch mehr Amerikanisches. Die Entdeckung unserer Eigenheit führt selber zur Wiederbegegnung, zur Wahrnehmung des andern, den wir zugleich als Gegenüber und in uns finden.

Nach diesem Aufenthalt in den USA sehe ich die amerikanisch-europäische Verbindung nicht mehr als selbstverständliche Gegebenheit, sondern als Problem, als Möglichkeit; ich glaube, dass jeder Europäer in den Staaten derzeit die gleiche Erfahrung macht. Wenn allerdings wir Europäer diese Verbindung als einen Wert empfinden, so müssten wir – fern von allem Vasallentum und auf unsere eigene Weise – mehr als bisher sein Mitproduzent sein.

François Bondy

KRIEGSGEFAHR IN KOREA

Angesichts der jüngsten Entwicklung in Südostasien stellt sich zusehends die Frage nach einem erneuten Krieg auf der koreanischen Halbinsel. Dies gilt um so mehr, als der nordkoreanische Parteichef Kim Il-sung kürzlich in Peking erklärte: «Wenn eine Revolution in Südkorea ausbricht, werden wir als ein und dieselbe Nation nicht tatenlos zusehen, sondern die südkoreanische Bevölkerung mit allen Mitteln unterstützen!» Könnte es allzu leicht nur eine Frage der Definition sein, was man in Pjöngjang als Eingreifssignal erklären will, so ist auch der nachstehende Satz mit seinem für Diktatoren symptomatischen Zynismus und einer wohl völligen Verkennung der Tragweite charakteristisch: «In diesem Krieg werden wir nur die militärische Demarkationslinie verlieren und die Wiedervereinigung des Landes gewinnen!»

Zweifellos hält Kim Il-sung die USA, insbesondere den Kongress, im jetzigen Moment für ein echtes Engagement in Südkorea gelähmt. Andererseits kann Nordkorea einen Angriffskrieg keinen einzigen Monat selbständig durchhalten, es ist also von der militärischen Unterstützung der VR China oder der Sowjetunion abhängig. Das offizielle Communiqué beim Besuch Kims in Peking deutet darauf, dass Rotchina die militanten Töne Pjöngjangs kaum teilt; andererseits weiss man natürlich nichts über die Verhandlungen hinter den Kulissen. Zudem kann nach chinesisch-kommunistischer Diktion in dem Satz, die Frage der Wiedervereinigung müsse vom koreanischen Volk selbst gelöst werden, zugleich ein versteckter Hinweis auf die Anwesenheit der amerikanischen UN-Truppen in Südkorea liegen – nach dem Nordkorea wiederum im Kriegsfalle chinesische Hilfe als «Solidarität für den Volkskrieg» fordern könnte. Wahrscheinlich aber dominiert in Peking die Zurückhaltung; ein erneutes Eingreifen in einen Korea-Krieg könnte allzu schnell die Fäden nach Washington zerreissen lassen und auch zu noch unüberschaubaren Folgen im Verhältnis zum Rivalen in Moskau führen.

Höchstwahrscheinlich wird Kim Il-sung in aller Kürze auch in die Sowjet-

union fahren und dort dann ebenfalls um militärische Hilfe bitten. Es ist die Frage, ob man eine Parallele zu seinem Besuch im Jahre 1950 ziehen muss, als er Stalin um Kriegsmaterial ersuchte und bald danach den Süden Koreas mit einem blutigen Bürgerkrieg überzog. Zweifellos streben die Sowjets heute den Abzug der USA aus Südkorea an in der Hoffnung, dieses Vakuum machtpolitisch mit ihrem Einfluss auszufüllen. Ebenso gross aber müsste ihre Sorge sein, dass nach einem Krieg auf der koreanischen Halbinsel (sofern dieser nach den Träumen Pjöngjangs verliefe) ein Kim Il-sung stünde, der auch weiterhin seine Unabhängigkeit wahren möchte und ideologisch ebenfalls in der Zukunft mehr nach Peking tendieren würde. Auch wird die Kreml-Führung wissen, dass ein Angriffskrieg Pjöngjangs mit sowjetischer Waffenunterstützung sich zwangsläufig gegen die USA richten müsste, die in Südkorea gegenwärtig rund 42 000 Soldaten und auch Atomwaffen stationiert haben – und zwar nicht aufgrund vager Zusagen wie in Vietnam, sondern durch einen zweiseitigen Sicherheitsvertrag. Allerdings würden die Amerikaner bei einem Angriff hier nicht automatisch, sondern nur in Übereinstimmung mit ihrem «verfassungsmässigen Prozess» einschreiten dürfen, also nach Zustimmung durch den Kongress. Andererseits hat US-Verteidigungsminister Schlesinger jetzt erklärt, die Vereinigten Staaten würden einen nordkoreanischen Überfall energischer beantworten als sie noch während des Vietnam-Krieges zu tun bereit gewesen wären. Ob im Ernstfall es sich Washington daraufhin noch leisten könnte, sein Gesicht in Asien völlig zu verlieren?

Eine derartige Konfrontation würde gleichzeitig die Beziehungen Moskaus auch zu Tokio empfindlich stören, die von der UdSSR bisher wegen des Wirtschaftspotentials des Inselreiches und gerade auch im Hinblick auf Peking stets gepflegt wurden. Erst unlängst erklärte der japanische Aussenminister, die Sicherheit Südkoreas sei «essential» für die Sicherheit Nippons. Ein neuer Korea-Krieg – das ist heute nicht nur in Tokio ein offenes Geheimnis – hätte eine Aufrüstung Japans auch mit Atomwaffen zur Folge.

Die grosse Gefahr besteht darin, dass Nordkorea sein seit Jahren meisterhaft gespieltes Jonglieren zwischen Peking und Moskau verstärken und mit der Drohung, sich bei einer Verweigerung der Hilfe seitens der einen kommunistischen Macht dann an die andere zu wenden, schliesslich die VR China oder die Sowjetunion in einen erneuten Krieg mithineinziehen wird – obwohl beide im Hinblick auf ihr Verhältnis zu Washington eine Konfrontation gewiss heute nicht wünschen. Sehr wahrscheinlich aber ist, dass Pjöngjang eine Invasion infolge einer Fehleinschätzung begänne – die von der Annahme ausginge, dass Peking oder Moskau im Kriegsfalle doch die erforderliche militärische Unterstützung geben würde, oder, was vielleicht noch naheliegender ist, dass die Vereinigten Staaten letztlich Südkorea im Stiche liessen.

In der letzten Zeit hat Pjöngjang seine subversive Radiopropaganda gegen Seoul erheblich verstärkt. Auch die Zahl der während der ersten drei Monate dieses Jahres im Süden aufgefundenen nordkoreanischen Flugblätter und Schriften beträgt mehr als das Zweieinhalbfache derjenigen des gesamten vergangenen Jahres; neuerdings wenden sich die meisten dieser papiernen Auf-

rufe, die nachts mit Hilfe grosser Ballons abgeworfen werden, an die politische Moral der südkoreanischen Streitkräfte. Während der vergangenen Monate haben die Südkoreaner entlang der entmilitarisierten Zone am 38. Breitengrad insgesamt 17 unterirdische Tunnels festgestellt, die vom Norden aus unter der Demarkationslinie rund 1000 bis 2000 Meter in den Südteil gegraben worden waren. Mit einer Höhe und Breite von allgemein zwei Metern hätten hier günstigenfalls pro Stunde etwa 30000 nordkoreanische Soldaten auf kleinen Autos hinter die erste südkoreanische Verteidigungsfront eingeschleust werden können!

Falls Pjöngjang tatsächlich einen erneuten Krieg beabsichtigt, würde er wahrscheinlich bald erfolgen: Denn die jetzt noch fast dreifache Überlegenheit der nordkoreanischen Streitkräfte an Panzern und Flugzeugen wird angesichts des steigenden US-Militärhilfe-Programms gegenüber Südkorea keine zwei Jahre mehr andauern. Ohnehin geben die Ärzte dem krebskranken Kim Il-sung nur noch so lange Zeit ...

F. W. Schlomann

CHARLES GLEYRE OU LES ILLUSIONS PERDUES

Vom Winterthurer Kunstmuseum ist die Ausstellung Charles Gleyre im letzten Herbst ausgegangen, und nun werden sie nach Museen in Marseille, München und Kiel noch das Aargauer Kunsthaus (Juni/Juli) und das Musée des Beaux-Arts von Lausanne (Oktober/November) zeigen. Sie steht unter dem Patronat der Pro Helvetia; der in jeder Beziehung beispielhafte Katalog wurde vom Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft redigiert (er enthält unter anderem einen Reprint des Oeuvre-Katalogs von 1878); der Konservator des Kunstmuseums Winterthur, Rudolf Koella, hat an der Realisierung von Ausstellung und Katalog wesentlichen Anteil.

Da wird also einem Künstler des 19. Jahrhunderts nicht nur schweizerische, sondern europäische Bedeutung zugesprochen, einem Künstler, der so gut wie unbekannt ist und von der Kunstgeschichtsschreibung bestenfalls als Beispiel für die Unzulänglichkeit der Salonmalerei in der zweiten Jahrhunderthälfte erwähnt wird. Oder ergeht es dem Ausstellungsbesucher etwa so, dass ihm der Name zwar Schall und Rauch ist, dass aber diese Bilder das Gefühl in ihm erwecken, er hätte sie schon einmal gesehen? Irgendwo im Bilderschatz der Kindheitserinnerungen scheinen Historiengemälde dieser Art, ja gerade dieser Major Davel, gerade diese unter dem Joch durchgehenden Römer versunken zu sein, einst naiv aufgenommen als Bilder-Geschichte, von lithographisch reproduziertem Wandschmuck, aus alten Geschichtsbüchern, was weiss ich?

Inzwischen hat man uns gelehrt, solchem Wiedererkennen und der damit verbundenen Sympathie gegenüber misstrauisch zu sein. Auch diese Ausstellung musste sich Vorwürfe wie «Nostalgie» und «heile Bilderwelt» gefallen lassen. Aber der Zorn der Bauhausjünger gegen die Wiederausgrabung des längst totgesagten 19. Jahrhunderts ist

ohnmächtig. Nostalgie ist zwar ein Modewort, aber kein Schimpfwort; es wird damit ein Phänomen bezeichnet, das nicht zu übersehen und nicht zu leugnen ist. Eine Ermüdung durch den Funktionalismus, durch den sakrosankten rechten Winkel, durch die Rationalität der konkreten Kunst ist unverkennbar. Aus dem reinigenden Kahlschlag im üppigen Schnörkelwuchs ist bei den Epigonen (auch hier!) nicht selten klinische Sterilität geworden. Man gesteht sich nachgerade, dass eine Fassade aus der Gründerzeit bedeutend menschlicher sein kann als die Ödnis der heutigen Dutzendarchitektur. Kirchen, Bahnhöfe, Denkmäler im «Stil» des Historismus, aus Geldmangel oder purem Zufall noch nicht abgerissen, werden unter Denkmalschutz gestellt und pietätvoll restauriert. Ausserdem hat die Concept Art das Vorurteil gegen alles Gedankliche in der bildenden Kunst erschüttert, und der Neue Realismus fordert geradezu zu einem Blick auf den «alten Realismus» heraus.

In diesem Zusammenhang ist die Gleyre-Ausstellung zu sehen. Sie ist – zusammen mit vergleichbaren Ausstellungen in Deutschland und Frankreich – Symptom dieser Neubesinnung; aber sie trägt zugleich auch bei zu deren Klärung und Erklärung. Sie bietet wissenschaftlich und didaktisch geschickt das Material für eine unvoreingenommene Kritik, indem sie die seit 1900 tradierten Urteile in Frage stellt.

*

1974 war so etwas wie ein Gleyre-Gedenkjahr. 1874 ist der Maler in Paris gestorben. Damals hat der Kanton Waadt die Leiche seines grossen Sohnes aus Frankreich heimgeholt, um sie in Chevilly, wo Gleyre 1806 geboren ist, beizusetzen. Die Anwesenheit eines Bundesrates und die Anteilnahme der Bevölkerung machte den Akt zu einer nationalen Trauerfeier. Die waadtländische Regierung hatte schon zu Lebzeiten des Künstlers durch Aufträge einige seiner wichtigsten Werke veranlasst; jetzt kaufte sie mit grossem finanziellem Aufwand Bilder und Skizzen aus dem Nachlass. Noch 1898 wurde in Chevilly ein Denkmal errichtet. Aber das konnte nicht verhindern, dass der Ruhm Gleyres immer mehr verblasste. Denn immer mehr setzte sich die «unoffizielle», unakademische Malerei durch. Gerade jenes Jahr 1874 könnte den Beginn der Wende datieren. Damals stellte die Gruppe der Impressionisten im Atelier des Photographen Nadar in Paris zum erstenmal aus. Der seit seinem Erfolg im Pariser Salon von 1843 hochberühmte Gleyre und die verspotteten, «refüsierten» Impressionisten – ein Gegensatz, wie er sich grösser kaum denken lässt, so scheint es. Und dann erinnern wir uns, dass in den Impressionisten-Biographien immer wieder vom «Atelier Gleyre» die Rede ist. Bazille, Monet, Renoir, Sisley, Whistler – sie alle waren unter den Schülern dieses Mannes, und sie haben sich dieser Ausbildung später nicht geschämt. Denn ein regelrechter Akademiker war auch Gleyre nicht. Albert Anker – auch er einer seiner Schüler – hat notiert: «Il semblait que le choix du sujet lui fût indifferent; les choses les plus banales lui allaient aussi bien que les classiques... Il semblait même avoir une sorte de prédilection pour les paysages, les fleurs et les animaux.» Gleyre selbst hatte sich, in Lyon zum dessinateur de fabrique ausgebildet, das künstlerische Metier auf recht freie

Art angeeignet; in Paris unter anderem bei dem Aquarellisten Bonington, der seinerseits in die Ahnenreihe der Impressionisten gehört. Der obligate Italienaufenthalt befriedigte nicht. Da bot sich die unerhörte Gelegenheit: ein reicher Amerikaner engagierte Gleyre 1834 als Begleiter und «Bildreporter» für eine ausgedehnte Orientreise. In Konstantinopel, Smyrna, Lesbos, Rhodos, Ägypten hatte der junge Künstler Veduten und ethnographische Studien zu zeichnen und zu aquarellieren. Die erhaltenen Blätter sind von einem für jene Zeit ungewöhnlich modernen lichterfüllten Realismus. Gleyre hat sie niemandem gezeigt. Die Realität hat ihn enttäuscht. Im Sudan trennt er sich von seinem Dienstherrn und lebt – wie es scheint auf der Suche nach dem irdischen Paradies – etwa ein Jahr meditierend in Karthum. Mittellos, krank und seelisch gebrochen, desillusioniert, ist er 1837 zurückgekehrt. «Rien de ce que j'avais osé espérer ne s'est réalisé», steht schon zwei Jahre zuvor im Tagebuch.

*

«Les illusions perdues» ist der Untertitel von Gleyres berühmtestem Bild, das er selbst «Le soir» genannt hat. Im Abendschein sitzt am Ufer eines weiten Wassers ein antikisch gewandeter müder Greis und schaut zugleich gebannt und resigniert auf einen kostbar geschmückten Kahn, der an ihm vorübergleitet mit singenden Frauengestalten, die Engeln oder Musen gleichen. Auf dem Bootsrand sitzt ein nackter Knabe und streut die Blumen aus seinem Kranz aufs Wasser.

In seiner Mischung von Klassizismus und Romantik mag uns das Bild heute kühl anmuten, allzu deutlich vielleicht seine Symbolik. Aber es hat all den oft so gesuchten Bild-Erfindungen des 19. Jahrhunderts voraus, dass es einer echten Vision entspringt und eine durchaus nicht banale persönliche Weltdeutung gibt. Die Harmonie von Formen, Farben und Tönen war dem von Depression und Hitze gleicherweise gemarterten Gehirn eines Abends am Nil erschienen als kühlender Traum – und wieder entschwunden. «Oh! chères et douces illusions de ma jeunesse, hélas! trop tôt dissipées; vous êtes donc perdues! perdues à jamais» – so schreibt der knapp Dreissigjährige in sein Tagebuch. Die Last einer bewunderten, aber unwiederbringlichen Vergangenheit und das Gewicht des eigenen Ungenügens neben den grossen Vorbildern machen ihn zum Greisen, dessen Schöpferkraft erlahmt: «J'ai en même temps deux siècles d'âge et pas un jour d'existence.» Die Situation des Epigonen, für den die hohe Zeit nur Erinnerung ist und doch so mächtig, dass die Gegenwart schal, die Zukunft hoffnungslos erscheint, ist hier im Kunstwerk gefasst, für uns das Sinnbild eines ganzen Zeitalters. Zur selben Zeit ist Immermanns Roman «Die Epigonen» erschienen, in dem der Satz steht: «Mit dem Schnee auf dem Haupt werden wir geboren.» Zur selben Zeit malt Caspar David Friedrich seine Meerbilder, darunter das im Packeis gescheiterte Schiff namens «Hoffnung»; malt William Turner die letzte Ausfahrt der «Téméraire», des stolzen weissen Seglers, der im Abendlicht von einem kleinen, schwarz rauchenden Dampfer zur Verschrottung geschleppt wird. Und die Melancholie im Motiv des «Spätbootes» liegt noch in der zweiten Jahrhunderthälfte auf den Gedichten C. F. Meyers, der mit Gleyres Werk vertraut gewesen ist, oder in

dem «Notturno mit der Battersea-Brükke» des Gleyre-Schülers Whistler.

Ob das Publikum des Pariser Salons gespürt hat, dass es in Gleyres Bild porträtiert ist? Jedenfalls tritt die paradoxe Situation ein, dass der Künstler nach Jahren der Not, Enttäuschung und Verbitterung gerade mit dem Bild, das seine Resignation ausspricht, Erfolg hat. Er wird ausgezeichnet, die französische Regierung erwirbt das Gemälde. In dem ärmlichen Atelier treffen sich Maler, Schriftsteller, Musiker, Wissenschaftler. Berlioz, Flaubert und Alfred de Musset gehören zu dem Kreis. Mit einem Auftrag für eine Kirche bringt die Stadt Paris den Künstler dazu, sich mit religiösen Motiven auseinanderzusetzen. Das Ansinnen, die kaiserliche Familie zu porträtieren, darf der Republikaner, dem das Empire verhasst ist, mit der Begründung ablehnen, er arbeite «pour *mon* gouvernement».

Aber auch in den Bildern für den Kanton Waadt und in den andern Hauptwerken seines Oeuvres bleibt bei allem Ruhm und Erfolg der resignierte, desillusionierte Zug. Der Freiheitsheld Davel wird dargestellt im Moment, da er – kurz vor seiner Enthauptung – mit diesem Leben abgeschlossen hat. In dem Triumph der Helvetier über die Römer, den man sich am Genfersee dachte und auf den daher die Dents du Midi weiss hereinleuchten, ziehen weniger die Barbaren in ihrem Siegestaumel den Blick auf sich als die gefesselten Römer, die in stummer Ohnmacht unter dem Joch durchgehen. Der zu Füssen Omphales wie eine Sklavin die Spindel drehende Herkules thematisiert das Gefühl von Kraftlosigkeit und Impotenz, das auch in dem glatten, etwas sterilen Klassizismus von Komposition, Dekor und Malweise dieses Bildes zum Ausdruck kommt. Das letzte grosse Werk, an dem Gleyre arbeitete, war «Le paradis terrestre». Noch einmal versuchte der Alternde, seinen Traum zu realisieren, die Illusion als unverlorene darzustellen. Das Bild ist – wen überraschte dies? – Fragment geblieben. Aber die Ölskizze, ein Tondo mit nacktem Paar in einer lichtdurchfluteten, mit Farbtupfen übersäten Landschaft, weist bei aller Idealisierung malerisch voraus auf Neues, so dass man geneigt ist, sich das Hafenbild «Impression, soleil *levant*» des Schülers Monet als das notwendige Pendant zum Bild «Le soir» des Lehrers zu denken. In den vielen Bleistiftskizzen und Farbstudien, die in der Ausstellung erfreulicherweise gezeigt werden, auch in einzelnen Porträts und Akten ist Gleyres Kunst von einer Sensibilität und Lebendigkeit, der nichts von dem oft muffigen Geruch des 19. Jahrhunderts anhaftet.

Uli Däster

EIN ANGEBLICHER REST VON WEIGERUNG

Zur Uraufführung von «Kellers Abend»

Werner Düggelins letzte Inszenierung als Direktor der Basler Theater – ich sah das Gastspiel im Stadthof 11 in Zürich – galt einem neuen Stück von *Adolf Muschg*. Der Titel: «*Kellers Abend*». Das Thema: Politischer Auf-

bruch oder Beruhigung in demokratischer Ordnung, Revolution oder Hinwendung zum Staat als Alternative, vorgezeigt am Beispiel des Dichters Gottfried Keller, der sich vom Freischärler zum Staatsschreiber mausert. Der anekdotische Keim zu Muschgs Versuch, die Probleme verunsicherter Revolutionstheoretiker von heute in einem historischen Spiegel einzufangen, findet sich in Jakob Baechtolds Keller-Biographie. Dort wird berichtet, der Dichter sei am Vorabend seines Amtsantritts als Staatsschreiber im September 1861 Gast einer Gesellschaft im «Schwan» am Mühlebach gewesen, wo auch berühmte und extravagante Durchreisende weilten: der sozialistische Agitator Ferdinand Lassalle, die Gräfin Hatzfeld, der Dichter Herwegh mit Frau, Ludmilla Assing, eine russische Nihilistin, und der preussische Oberst Rüstow, der nach seiner Flucht in die Schweiz das Bürgerrecht von Bauma erwarb, für den eidgenössischen Generalstab Felddienstreglemente ausarbeitete und an der Universität Zürich militärwissenschaftliche Vorlesungen hielt, ehe er 1860 als Garibaldis Generalstabschef den Feldzug in Sizilien und Neapel mitmachte und als Sieger von Volturno und Capua gefeiert wurde. Mithin haben da also die späten europäischen Stardarsteller der Revolution, von Resignation gezeichnet, ihren Auftritt. Sie versuchen, die Zürcher Regierungsräte für den Plan zu gewinnen, von Italien aus die europäische Revolution neu anzufachen. Aber sie treffen da auf politische Realisten, die sich auf dergleichen Abenteuer nicht einlassen. Mit gutem Recht, möchte man sagen; Muschg lässt das im ironischen Zwielicht. Die Repräsentanten schweizerischer Demokratie nach 1848 sind bei ihm politische Provinzler. Sie sind nicht dumm, aber eher schlau als geistvoll.

Und Gottfried Keller, nach dem das Stück benannt ist? Er schweigt, mit dem Rücken zum Publikum ganz vorn an der Rampe an einem kleinen Tischchen sitzend, den ganzen Abend. Einmal korrigiert er die Gräfin Hatzfeld, die seine Verse ungenau zitiert, und ganz am Schluss übermannt ihn die Wut über die Revolutionsschwätzer. Aber auf Zuruf seines regierungsrätlichen Freundes Hagenbuch beruhigt er sich wieder und geht stumm nach Hause. Muschgs These ist es, Keller habe den ganzen Abend geschwiegen, weil in seiner Verwandlung vom Freischärler zum Staatsschreiber eben doch noch «ein Rest von Weigerung» gewesen sei, ein innerer Widerstand, den Morgen zu erleben, an dem er als biederer Beamter ins Rathaus schreitet. Darüber kann man streiten. Ich denke, hier gehe es wohl weniger um historische Wahrheit als um die schwierige Situation, in der sich ein Intellektueller und Schriftsteller befinden mag, der das revolutionäre Pathos von gestern im soziologischen Partyplausch von heute wenigstens in Restbeständen zu retten sucht. Der «Rest von Weigerung», den er Gottfried Keller andichtet, wäre dann nichts weiter als eine Projektion der eigenen Position.

Es zeigt sich, dass dergleichen dramatisch völlig unergiebig bleibt. Der Dialog zerbröckelt, ist spröde, zerfällt in fade Aperçus. Es fehlt die entschiedene Gegenposition zu Lassalle und Herwegh und all den andern; denn die bürgerlichen Demokraten, die da als Regierungsräte des Standes Zürich herumstehen, werden vom Autor als Nutzniesser der Gründerzeit und nichts weiter hingestellt, womit sie als relevante

Kontrahenten disqualifiziert sind. Warum Gottfried Keller schweigt, lässt sich aus mancherlei Indizien deuten, die mit dem «Rest von Weigerung» nichts zu tun haben. Für ihn waren Leute wie Lassalle «Schulfüchse», und schon 1847 hat er für sich selber erwogen, ob in einer Zeit, «da bald überall gesetzliche Anfänge der Freiheit gegründet sind», die Revolution nicht darum zu verdammen sei, weil sie in dieser Situation zum Erbe des Absolutismus degeneriere. Schade, dass sich Zitate dieser Art nur im Programmheft finden. Die Auseinandersetzung, auf die man gespannt sein dürfte, findet auf der Bühne nicht statt, nur ein lustloses, geschmäcklerisch arrangiertes Schachspiel.

Dem Zuschauer geht es vor Düggelins Inszenierung eigenartig. In einem Spiegelsaal, der sich perspektivisch verjüngt weit in den Hintergrund erstreckt, präsentieren sich die zeitgerecht kostümierten Figuren des Dialogs in ständig neuer Gruppierung. Der weite Raum ist mit zahlreichen grau bespannten Stühlen gegliedert. Die Schauspieler werden von der Regie stets in Bewegung gehalten, wobei die von *Wolfgang Mai* gestaltete Bühne weite Gänge erlaubt. Man sitzt vor einem abgezirkelten Ballett historischer Figuren und ertappt sich bei der Feststellung, dass der Text, den sie sprechen, keinerlei Beziehung zwischen ihnen schafft, dass sie auf unwahrscheinlich grosse Distanz Intimes bereden und einander Brust an Brust öffentliche Ansprachen halten. Ein Kritiker schrieb, Werner Düggelins schwebend-choreographische Inszenierung habe Muschgs «politisch-historisches Traumtänzer-Szenarium» in gefälliges Nichts aufgelöst. In der Tat, so kann man's sagen. Perfekte Künstlichkeit, wie sie zuzeiten auf dem Theater zelebriert wird, übt sich an einem Text, der als Spielvorlage versagt. Ob er als reines Gedankenspiel besteht, vermag ich nicht zu sagen. In der szenischen Vergegenwärtigung jedenfalls wirkt er blass und schemenhaft, mit einem Hang zur Geistreichelei. Und bei Düggelin scheint ausserdem alles Laute und Starke gedämpft und gemildert, konsequent hinter Milchglas gesetzt. Der polternde Abgang des Dichters musste auf Wunsch des Regisseurs gestrichen, der Schluss neu geschrieben werden. So machen sich denn Resignation und Mattigkeit breit. Einen Abend lang – und sei es auch nur während pausenlos durchgespielten achtzig Minuten – den Selbstdeklarationen von Figuren zu lauschen, auf die das Modewort «frustriert» zutrifft, ist eine mittlere Strapaze. Hätte man Keller doch lospoltern lassen, und dies nicht erst am Schluss! Hätte Muschg doch, statt mit Kellers Resignation (die aus den biographischen Fakten kaum zu belegen ist) mit seinen Argumenten (den Argumenten des «besonnenen Menschen, ... der das Heil schöner und marmorfester Form auch in politischen Dingen zu ehren weiss ...») gearbeitet, es wäre aus seinem «Traumtänzer-Szenarium» vielleicht ein Stück geworden!

Trotz allem halte ich es für einen grossartigen Einfall, den Vorabend von Kellers Amtsantritt auf das Theater zu bringen. Die Thematik, die mit Lassalle, Herwegh, Keller und den politischen Repräsentanten eines schweizerischen Kantons nach 1848 gegeben ist, könnte ein heutiges Theaterpublikum sehr wohl betreffen. Die Hoffnungen der progressiven Kräfte Europas richteten sich auf die Schweiz, die sich 1848 – im Jahr der Revolution in den umliegenden Ländern – durch Volksabstimmung eine

Verfassung gab, worin die Grundsätze der Rechtsgleichheit, der Volkssouveränität und des allgemeinen Wahlrechts verankert sind. Aber in eben dieser Schweiz, die übrigens in einem aus heutiger Sicht erstaunlichen Ausmass zahlreiche politische Emigranten in ihr Bildungswesen und in ihr politisches Leben zu integrieren vermochte, stossen Agitatoren und Phantasten der Revolution auf Skepsis und Zurückhaltung. Nicht die Schweiz von heute, von der behauptet wird, sie habe «im Ausland das Image der Harmlosigkeit», sondern die Schweiz der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die allerhand Umbrüche und einen den grossen historisch-politischen Tendenzen entsprechenden Prozess der Umgestaltung mit demokratischen Mitteln bestanden hat, wendet sich von den schillernden Heisspornen ab, die in ihr einen Bundesgenossen zu finden meinen. Genügt es, die unverzügliche Etablierung der «bürgerlichen Klassengesellschaft», das Regiment der «Eisenbahnbarone» zur Erklärung dieses Phänomens heranzuziehen? Es gab da ja eben auch Gottfried Keller, der schon 1841, zu einer Zeit also, da er noch keineswegs «bedächtig», sondern recht streitlustig war, sehr wohl zu erkennen vermochte, dass es auf beiden Seiten einander bekämpfender politischer Richtungen tüchtige Männer, aber auch auf beiden Seiten viele blosse Maulhelden gebe. In den «Vermischten Gedanken über die Schweiz» steht der Satz, es sei zur Hoffnung auf eine heilsame Wirkung der politischen Krise nur berechtigt, wer auch an sich selbst nichts fehlen lasse, was dem Ganzen frommen könne, der unparteiisch und unbestechlich den Nutzen jeder Meinung still bei sich selbst erwäge und, habe sie sich als gut bewährt, sie annehme, komme sie von einem Aristokraten oder Demokraten, passe sie in sein bisheriges System oder nicht. Kurz, der politisch engagierte Schriftsteller Gottfried Keller hat Einsichten, die – wenn man sie beispielsweise den Tiraden Lassalles gegenüberstellt – den Unterschied zwischen politischer Reife und effekthascherischer Trendgläubigkeit verdeutlichen könnten und damit zweifellos auch von einiger Aktualität wären.

*

Mit «*Stauffer-Bern*» von Herbert Meier und «*Kellers Abend*» von Adolf Muschg hat die Spielzeit 1974/75 in Zürich und in Basel je ein neues Stück eines Schweizer Autors gebracht, die sich beide der Gesellschaft und der Geschichte der Schweiz im neunzehnten Jahrhundert zuwenden. Das dürfte kein Zufall sein. Was damals wurde, was damals an Hoffnungen und Erwartungen erwachte, ist zum Teil erstarrt, zum Teil auch vergessen. Hier liegt Stoff, hier liegen Themen bereit, deren Behandlung uns helfen könnte, über uns selbst mehr zu erfahren. Muschgs neustes Werk für die Bühne leistet in dieser Hinsicht wenig; der «Rest von Weigerung», den er in Kellers Schweigen hineininterpretiert, macht aus der stummen Hauptfigur einen Unentschlossenen und mit sich selber Streitenden. Das war er zweifellos in mancher Hinsicht; in der aber, um die es hier geht, war er es offensichtlich nicht. Für ihn ging es nicht darum, ein Image (zum Beispiel das des «Freischärlers») zu bewahren. Als er Staatsschreiber wurde, verlor er nicht sein Gesicht als politisch engagierter Autor, sowenig Adolf Muschg als Zürcher Ständerat das seine verlöre.

Anton Krättli